

**Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen**  
**Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau**  
**SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster**  
**Arbeitskreis Umwelt (AKU) Schüttorf**  
**Bürgerinitiative Umweltschutz Hamm**  
**Bürgerinitiative "Kein Atommüll in Ahaus"**  
**Bündnis AgiEL – AtomkraftgegnerInnen im Emsland**  
**Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)**

**Kontakt:**

Udo Buchholz, AKU Gronau/BBU, Tel. 02562-23125, 0178-9050717

Matthias Eickhoff, Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Tel. 0176-64699023

Gronau/Münster/Bonn, Pressemitteilung Nr. 2 vom 6. April 2020

**750 Tonnen Uranmüll verlassen Gronau unter Protest und durchqueren  
Münster. Auch dort wurde protestiert  
Sonderzug passiert Hamm und das Ruhrgebiet auf dem Weg nach  
Amsterdam / Russland**

Am Montag-Vormittag hat ein Sonderzug mit 15 Waggons und vermutlich insgesamt 750 Tonnen abgereichertem Uranhexafluorid aus der westfälischen Urananreicherungsanlage Gronau verlassen und ist jetzt auf dem Weg zur russischen Atomfabrik Novouralsk. Auf der Bahnbrücke vor der Urananreicherungsanlage fand eine erste Mahnwache statt, an der sich abwechselnd rund 15 DemonstrantInnen beteiligten. In Münster nahmen rund 50 Personen an einer Mahnwache teil; das Münsteraner Ordnungsamt hatte letztlich die Teilnahme von 45 Personen genehmigt. Nach der Durchfahrt in Münster hatte der Sonderzug Hamm als nächstes Ziel. Dort hat der Zug gegen 13.25 Uhr den Bahnhof verlassen, vermutlich Richtung Dortmund. Ziel des Uranzuges ist der Verladehafen von Amsterdam. Von dort wird das Transportschiff Mikhail Dudin die Atommüllfracht nach Russland transportieren.

Die Durchführung der Mahnwachen in Gronau und Münster war zunächst strittig. Letztlich wurden aber seitens der Ordnungsämter in Gronau und Münster Genehmigungen erteilt, die mit Auflagen versehen waren. Die TeilnehmerInnenzahl war begrenzt und es sollten Sicherheitsabstände eingehalten werden. Zudem wurde das Tragen von Gesichtsmasken nahe gelegt.

Bürgerinitiativen und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) kritisierten den Uranmüllexport in Zeiten der Corona-Krise.

"Das Verhalten des Urananreicherers Urenco ist unglaublich und verantwortungslos. Viele Betriebe müssen wegen der Corona-Pandemie erheblich zurückstecken, die Notfalldienste und Krankenhäuser sind voll eingespannt – und die Öffentlichkeit soll zu Hause bleiben. Doch Urenco besteht mitten in der Corona-Pandemie auf einem betrieblich völlig unerheblichen und gefährlichen Uranmülltransport nach Russland. Urenco stellt wirtschaftliche Erwägungen vor den Schutz der Allgemeinheit. Warum machen das Bundesinnenministerium und die NRW-Landesregierung dabei mit?" fragt Matthias Eickhoff von der Initiative SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster.

Die Kritik an dem Uranmülltransport von Gronau nach Novouralsk ist groß: Bereits am Donnerstag hatte die Stadt Münster vom Urenco-Konzern, der die Gronauer Urananreicherungsanlage betreibt, eine Aussetzung der Urantransporte während der Corona-Pandemie gefordert. Die Grünen-Bundestagsabgeordneten Sylvia Kotting-Uhl und Oliver Krischer forderten Bundesinnenminister Horst Seehofer auf, nicht nur Castor-Transporte, sondern auch die jetzigen Urantransporte in Corona-Zeiten zu untersagen. Auch die NRW-Landesvorsitzende der Grünen, Mona Neubaur, nannte den Transport "unverantwortlich". Der Linken-Bundestagsabgeordnete Hubertus Zdebel forderte ein "umfassendes Uranexport-Verbot". Auch Greenpeace fordert einen Transportstopp. Im Vorfeld hatte das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen den verantwortlichen NRW-Wirtschaftsminister Pinkwart und den Polizeibeauftragten der NRW-Landesregierung aufgefordert, für eine Untersagung des gefährlichen Uranmüllexportes zu sorgen. Eine Antwort gab es nicht.

### **Hintergründe:**

Der Urenco-Konzern, an dem auch EON und RWE beteiligt sind, exportierte bereits von 1995 bis 2009 abgereichertes Uranhexafluorid aus der Urananreicherung als Atommüll zur Endlagerung nach Russland, um in Deutschland die wesentlich teurere Entsorgung des Uranmülls zu umgehen. Aufgrund internationaler Proteste gab es dann eine zehnjährige Pause, bis im Frühjahr 2019 die Exporte insgeheim wieder aufgenommen wurden. Seither verließen jetzt insgesamt 12 Uranmüllzüge Gronau mit insgesamt mehr als 7000 t Uranhexafluorid.

Die Uranmüllzüge fahren bisher immer von Gronau über Steinfurt durch Münster und dann weiter via Drensteinfurt, Hamm, den Kreis Unna, das Ruhrgebiet, Duisburg, Viersen, Mönchengladbach, Venlo und viele niederländische Orte bis zum Hafen Amsterdam. Dort erfolgte die Verladung nach St. Petersburg. Zielort ist die Geschlossene Stadt Novouralsk, die von Außenstehenden nur mit Sondererlaubnis besucht werden darf.

Bei Uranmülltransporten Ende 2019 hatten AtomkraftgegnerInnen zwei Uranmüllzüge zwischen Gronau und Münster mit Abseilaktionen für mehrere Stunden blockiert. Die Proteste richten sich auch gegen die häufigen Urantransporte mit LKW, die mit dem Betrieb der Gronauer Uranfabrik verbunden sind. Auch in Russland kam es in St. Petersburg, Moskau und sogar am Zielort in der abgeschotteten Atomstadt Novouralsk zu Protesten gegen die Uranmüllexporte. Zudem haben 70 000 Menschen in Russland eine Protest-Petition gegen die Uranmüllexporte aus Deutschland unterschrieben. Die Petition wurde im Januar dem Bundesumweltministerium überreicht.

Gegen den Weiterbetrieb der Urananreicherungsanlage Gronau richtet sich aktuell auch ein Ostermarsch-Appell, für den rund 20 Initiativen und Verbände mittels einer Online-Petition Unterschriften sammeln. Die Petition findet sich unter [www.openpetition.de!/cfbxn](http://www.openpetition.de!/cfbxn)

Mitte März hatte das Bundesinnenministerium einen für Anfang April geplanten Atommüll-Transport vom britischen Sellafield zum stillgelegten AKW Biblis in Hessen aufgrund der Corona-Gefahrensituation abgesagt. „Die Aussetzung der hochgefährlichen Urantransporte wäre ein konsequenter nächster Schritt. Die Anti-Atomkraft-Bewegung bleibt am Ball und engagiert sich weiterhin gegen Atomtransporte und für die sofortige Stilllegung aller Uranfabriken und Atomkraftwerke“, so Udo Buchholz vom Vorstand des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

**Weitere Informationen:** [www.bbu-online.de](http://www.bbu-online.de), [www.sofa-ms.de](http://www.sofa-ms.de), [www.urantransport.de](http://www.urantransport.de)